Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 60 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich L. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 65 — Freitag, den 18. März 1921 — 49. Jahrgang

Reichstag.

(Sitzung vom 17. März.)

Der Reichstag nahm zunächst einen Antrag Körner an, der der unter dem Deckmantel „elsaß-lothringische Weine" stattfindenden zollfreien Einfuhr französischer Rotweine einen Riegel vorschieben will.

Sodann wurde in die Beratung der Etats Reichskanzler und Auswärtiges Amt eingetreten. — Abg. Bernstein (Soz.) tritt für eine Vereinfachung des auswärtigen Dienstes ein. Demokratie bedeute Abbau desselben. Auch der Auslandsdeutsche müsse sich zu der neuen Staatsform bekennen. Die Rechte tut leider alles, um das Vertrauen zu uns zu erschüttern. Deutschland hat im Friedensvertrage die Abtretung von Eupen und Malmedy zugestanden. Wir hätten lediglich das Recht, eine demokratische Abstimmung zu verlangen. Die Art und Weise aber, wie wir uns dieser Sache angenommen haben, muß den Eindruck erwecken, als wollten wir uns unseren übernommenen Verpflichtungen entziehen. Es ist nicht zu bestreiten, daß Wilhelm II. den Ausbruch des Krieges herbeigeführt hat. (Protestrufe rechts.) — Präsident Löbe bittet mit Rücksicht auf die tagelangen Debatten über die Schuldfrage diese nicht noch einmal zu besprechen. — Abg. Bernstein: Das deutsche Volk ist nur moralisch nicht Schuld am Kriege. Auch das Ausland kennt unsere Leistungsfähigkeit und ihre Grenzen. Um so bedauerlicher ist es, daß die uns auferlegten Jahreszahlungen noch unsere Enkel belasten. Nehmen wir daher die Schuld am Kriege auf uns. (Stürmische Rufe: Nein! Nein!) Dann werden sich die Forderungen ermäßigen. — Abg. Breitscheid (Unabh.): Die moralische Schuld Deutschlands datiert freilich nicht aus den Julitagen 1914, sondern aus der ganzen früheren Zeit. Minister Simons will den Friedensvertrag aus Zweckmäßigkeitsgründen einhalten. Bedauerlich ist, daß nicht alle Mitarbeiter des Ministers die gleiche Einsicht, wie z. B. General Seeckt haben. Die Rede des Ministerpräsidenten v. Kahr im vorgestrigen Landtage ist unerhört. Er fordert dazu auf, den Anordnungen der Reichsregierung Widerstand zu leisten. Diese bayerischen Repräsentanten des Geistes von Potsdam treiben uns in eine böse innere Krise. Die Abberufung der auswärtigen Vertreter in Paris, Brüssel und London macht den Eindruck einer Demonstration. Ob die Arbeiterschaft damit einverstanden sein kann, werden wir ja sehen. Abg. Schultz-Bromberg (D.-N.): Die große Mehrheit des Hauses steht in der Schuldfrage auf anderem Boden, wie die beiden Vorredner. Solche Behauptungen dürfen nicht unwidersprochen ins Land gehen. Die Feinde setzen auch heute noch den Krieg fort, den sie willkürlich begonnen haben. (Beifall rechts, Lärm bei den Soz.) — Abg. Dr. Nießer (D. Vp.): Herr Bernstein hat kein Wort gegen den Versailler Friedensvertrag gesprochen. Das deutsche Volk hat keine Schuld an dem Kriege. (Zuruf und Lärm bei den Soz.) — Abg. Petersen (D.): Es sind bei Ausbruch des Krieges von unserer Regierung schwere intellektuelle Fehler begangen worden, aber auch die Entente hätte ganz anders handeln können, wenn sie den Weltkrieg verhindern wollte. Abg. Stöcker (Komm.): Das Geschrei der Rechten werde den Tatbestand nicht verwischen, daß das kaiserliche Deutschland uns in unverantwortlicher Weise in den Krieg hineingehetzt hat. Der deutsche Imperialismus lebt nach wie vor. — Abg. Müller-Franken (Soz.): Daß das kapitalistische System die Schuld am Kriege trage, und daß das kopflose Verhalten der deutschen und österreichischen Diplomatie die Veranlassung bildete, ist die Anschauung der internationalen Sozialdemokratie, die wohl ein jeder als richtig anerkennen kann. — Abg. Dittmann (U.): Wir haben stets auch den Militarismen im Auslande die Schuld mit zugeschoben, nicht einseitig den deutschen Militarismen.

Damit schließt die allgemeine Besprechung und es folgen zunächst die ausgesetzten Abstimmungen über den Titel technische Nothilfe des Reichsministeriums des Innern. Der Titel wird gegen die Linke genehmigt, desgleichen der Titel über die Ausschmückung des Reichstages, sowie der Rest des Etats mit den Entschließungen. Der Etat des Reichskanzlers wird bewilligt, desgleichen der des Reichsministeriums und der Reichskanzlei, ebenso der des Auswärtigen Amtes zum größten Teil. Der Rest des Etats wird ohne weitere Debatte angenommen, ebenso eine Entschließung des Ausschusses, wonach der Zentrale für den Heimatdienst ein parlamentarischer Beirat beigegeben werden soll.

Es folgt der Haushalt für das Reichsverkehrsministerium. (Verwaltung der Reichseisenbahnen.) Die Haushalte für 1920 und 21 werden verbunden. Aus dem Ausschußbericht geht hervor, daß das Defizit für 1920 16 Milliarden, für 1921 9 Milliarden beträgt. Reichsverkehrsminister Gröner: Wir streben mit allen Mitteln nach der Ausgabendeckung. Außer in der finanziellen Gesundung werden wir auch in der technischen Wiederherstellung stramm vorwärtsgehen. Von einer straffen Zentralisierung sehen wir ab im Sinne der Selbstverwaltung. Die Eisenbahnerschaft hat für Ordnung und Autorität wieder Sinn bekommen. Ihre Arbeitswilligkeit ist gewachsen. Wir bemühen uns um die Förderung der sozialen Aufgaben. Die Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich hat auf den Zustand der Eisenbahnen besserno gewirkt. Im Sommer soll die Zugfolge erhöht werden. Wir wollen eine einheitliche Beamtenschaft und den Aufstieg des Tüchtigen. Dann werden wir bald wieder vertrauenerweckende Leistungen erzielen. — Abg. Brunner (Soz.): Das Eisenbahnelend ist ein Spiegelbild unserer Wirtschaft. Der Achtstundentag muß endlich auch bei der Eisenbahn geregelt werden. — Reichsverkehrsminister Gröner stellt fest, daß in den Werkstätten die Qualität der Friedensarbeit erreicht ist. Das Gedingeverfahren bewährt sich durchaus. — Abg. Klöckner (Ztr.): Die Tariferhöhung bedeutet eine Erschwerung unseres Wirtschaftslebens in dem Augenblick, in dem Frankreich die Gütertarife beseitigt. — Abg. Dr. Reichert (D.-Vp.): Die schematische Durchführung des Achtstundentages ist von Uebel. Disziplin und Moral haben schwer gelitten. Der Schaden durch Diebstahl beträgt bereits 236 Millionen Mark. Wie will man die Reparation leisten, wenn man den Achtstundentag behält. Die Frage des Streikrechts der Eisenbahnbeamten muß endlich einmal entschieden werden. — Reichsverkehrsminister Gröner: Bezüglich des Streikrechts ist mein Standpunkt genau derselbe wie der des Reichskabinetts. Daran halte ich fest. (Beifall rechts.) Der Ausbau der Bahnanlagen im Industriegebiet ist unsere besondere Sorge. — Abg. Quaatz (D. Vp.): Von großer Bedeutung ist die Erzausfuhr. Durch die Sanktionen verhundert der Feindbund die Unterbringung der entlassenen Staatsarbeiter in die Privatindustrie. Durch Gewissenhaftigkeit und Sparsamkeit des technischen Personals können Hunderte von Millionen Mark gespart werden. — Abg. Wieland (Dem.): Es ist geradezu sadistisch, daß die Entente verlangt hat, wir sollen Hunderte von Millionen für die Instandsetzung der zahllosen Lokomotiven ausgeben, die jetzt auf den französischen Bahnhöfen verrosten. Die Uebernahme der Bahnen durch das Reich kam viel zu überstürzt. Die Tariferhöhung ist sehr bedenklich. 50 000 deutsche Wagen sollen in Polen verschwunden sein. — Reichsverkehrsminister Gröner: In Polen werden 82 000 deutsche Güterwagen zurückgehalten. Zur Zeit schweben Verhandlungen. — Abg. Schiele (D.-N.) begründet einen Antrag auf Bereitstellung höherer Mittel zur Unterstützung des Baues von Kleinbahnen aus volkswirtschaftlichen Gründen, besonders zur Hebung der Arbeitslosigkeit. Der Antrag wird angenommen und der Haushalt erledigt.

Um ¾9 Uhr tritt das Haus nach 11stündiger Sitzung in die Beratung des Posthaushalts ein. Die Verhandlungen dauern bis in die späten Nachtstunden.

Freitag: Weiterberatung.

Beratung über die Lage im neubesetzten Gebiet.

(TU) Gestern vormittag fand im Reichstag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Lewald eine Beratung der Vertreter der industriellen, wirtschaftlichen und sozialen Interessentenverbände des neu besetzten und des besetzten Gebietes, des parlamentarischen Beirats für die besetzten rheinischen Gebiete mit der Reichsregierung, dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete und Vertretern der rheinischen Verwaltungsbehörden statt. Die Beratungen galten insbesondere der durch die bevorstehende Einrichtung der Zollgrenze in den Rheinlanden geschaffenen Lage. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, v. Starck, gab einen umfassenden Bericht über die derzeitige Lage im besetzten Gebiet. Nach den Ausführungen des Reichskommissars wurde in eine eingehende Aussprache eingetreten, in der die Vertreter der Industrie, des Handels, Gewerbes, der Landwirtschaft, der Abgeordneten und Arbeiterführer des besetzten Gebietes die Wünsche ihrer Kreise vortrugen. Die Aussprache gestaltete sich mehr und mehr zu einer einmütigen Kundgebung gegen die Sanktionen und zu einem Protest gegen die drohende Neuaufreißung des Loches im Westen. Danach gab Ministerialrat Dr. Claußen dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete einen Bericht über die Möglichkeiten, den Folgen einer Wiederaufreißung des Loches im Westen wirksam entgegentreten zu können. Als Vertreter des Ministeriums des Aeußern gab Ministerialdirektor v. Simson die Erklärung ab, daß es die erste Pflicht der Reichsregierung sei, dem Rheinlande zu helfen und den Schaden wieder gutzumachen, den die Feinde anrichten. Mit einem nochmaligen Bekenntnis zum Deutschtum schloß die Rede.

Die neue Zollgrenze und die deutsche Industrie.

(TU) Der Arbeitgeberverband von Düsseldorf erläßt folgende Erklärung: Wir legen Wert darauf, folgendes festzustellen: Es ist nicht abzusehen, welche Wirkung die Errichtung einer neuen Zollgrenze auf die Industrie ausüben wird und ob nicht die neuen Bestimmungen zur Arbeitslosigkeit führen können. Andererseits halten wir es aber für selbstverständlich, daß die Industrie die Lage nicht erschweren wird, sofern sie nicht durch innere Zustände dazu gezwungen wird. Innerhalb unserer Vereinigung, deren Mitglieder rund 600 000 Arbeitnehmer beschäftigen, ist von einer Aussperrung gar nicht gesprochen worden, geschweige denn eine derartige Aussperrung beabsichtigt. Von unserer Seite wird in dieser Beziehung niemals eine Störung des Friedensvertrages hervorgerufen werden. Daß sowohl Briand wie auch Lloyd George dieses Märchen ihren Parlamenten vorgetragen haben, beweist, wie man drüben mit der Wahrheit umgeht. In Wirklichkeit besteht in den neu besetzten Gebieten hinsichtlich der Gewaltmaßnahmen kein Unterschied der Anschauungen zwischen der Arbeiterschaft und der übrigen Bürgerschaft. Die Kommunisten können ja weder als Deutsche noch als vernünftige Menschen betrachtet werden. Sie haben hier auch keinen Einfluß auf die Arbeiterschaft.

Die neue Zollgrenze.

(TU) Nach dem „Soir" hat die Hohe Kommission den Alliierten eine Note überreicht, welche die Richtschnur für die Zollerfassung darstellt. Die Antwort muß bei der Hohen Kommission vor dem Inkrafttreten der Zollmaßnahmen eintreffen. Die neue Zollgrenze wird sich von Mülheim bis 4 Klm. vor Essen erstrecken, sonst aber an der französischen Postenkette und an den Brückenköpfen entlanglaufen.

In Koblenz sind zahlreiche französische Zollbeamte eingetroffen und warten darauf, ob sie in der amerikanischen Zone ihr Amt ausüben können oder nicht. Die Amerikaner werden sich an der Zolleinnahme nicht beteiligen. Die Franzosen sollen am Koblenzer Brückenkopf ihr Amt ausüben. Die Mitglieder der Rheinlandskommission sind durchaus ungewiß darüber, wie die Grundsätze, die für die Zolleinnahmen ausgegeben wurden, sich praktisch zur Anwendung werden bringen lassen. Die Franzosen hoffen wohl, daß sie große Summen dadurch hereinbringen würden, doch muß man feststellen, daß die ganze deutsche Zolleinnahme im letzten Jahre nur 300 Millionen Pfund Sterling betragen habe und daß man durch die Errichtung der Zollgrenze höchstens 100 Millionen Pfund Sterling wird einnehmen können. Nach der „Daily Mail" hat die interalliierte Rheinlandskommission die Absicht, 150 Zollposten zu errichten.

Beschlagnahme des Kölner Finanzamts.

(TU) In Verfolg der Sanktionen haben die Engländer in Köln das Finanzamt für die interalliierte Rheinlandskommission beschlagnahmt. Welche Tragweite diese Maßnahme hat und inwieweit z. B. die Steuereingänge dem Reiche entzogen werden, kann man zur Zeit noch nicht übersehen.

Eine Ehrenpflicht des deutschen Kaufmanns.

(TU) Das Präsidium und der Gesamtvorstand des Zentralverbandes des deutschen Großhandels haben in einer aus allen Teilen des Reiches stark besuchten Zentralvorstandssitzung beschlossen, die Bezirksgruppen und die angeschlossenen Fachverbände des deutschen Großhandels aufzufordern, in ihren Mitgliederkreisen dahin zu wirken, daß es als eine patriotische Ehrenpflicht jedes deutschen Kaufmanns angesehen werde, vom Bezug aller für den deutschen Markt entbehrlichen Waren aus den feindlichen Ländern, die sich den Zwangsmaßnahmen anschließen, abzusehen.

Die französische Kammer zur Londoner Konferenz.

(TU) In der gestrigen Kammersitzung ergriff in der Debatte der frühere Finanzminister Klotz das Wort. Er machte auf die ungeheuren Schwierigkeiten aufmerksam, vor die die Kammer gestellt sei. Die Entscheidung von Paris habe eine wirkliche Konkordanz vorbereitet. Die Deutschen hätten jedoch die Frist für ihre Vorschläge verstreichen lassen. Das deutsche Ziel trete jetzt klar hervor. Der Vertrag von Versailles trete jetzt nach den Erklärungen Briands, Doumers und Lloyd Georges wieder in volle Kraft. Klotz forderte im weiteren Verlauf seiner Rede Briand auf, klar zu sagen, woran Frankreich ist und ob Frankreich wieder zum Versailler Vertrag zurückkehre oder nicht. Der Redner verlangte, daß die Bestimmungen des Vertrages auf alle deutschen Güter angewendet werden. Darauf ergriff Lefevre das Wort, der Briand zu den Erfolgen der Londoner Konferenz beglückwünschte. Das System der Annuitäten sei schlecht, weil es zu lange dauern würde. Die geschuldete Summe müsse von Deutschland gefordert werden. Man müsse Pfänder in die Hand bekommen, um durch sie die Zahlungen zu sichern. Die Rückgabe würde erst erfolgen, wenn alle Forderungen erfüllt seien. Loucheur erklärte, unter welchen Bedingungen man eine Revision vornehmen könne. Er erinnerte an die Haltung Deutschlands gegenüber Frankreich 1871 und forderte die Ergreifung von Vorsichtsmaßregeln, damit der militaristische Geist in Deutschland nicht von neuem auflebe.

Weiter sprach der Redner vom deutschen Chauvinismus und von der Orgesch in Bayern.

Briand sagte in seiner Kammerrede noch, Deutschland müsse wohl begreifen, daß die Sanktionen erst aufgegeben werden können, wenn Deutschland folgende drei Bedingungen erfüllt habe: 1. Die Frage der Verantwortlichkeit müsse endgültig gelöst werden; 2. die Entwaffnung müsse vollkommen stattfinden; 3. die deutschen Kriegsmissetäter müßten bestraft werden. Briand besprach dann die östlichen Fragen und erklärte seine Zufriedenheit über den Vertrag mit den türkischen Nationalisten, wodurch der Krieg beendet worden sei.

Die 50%ige Abgabe im englischen Unterhause.

(TU) Im englischen Unterhause machte sich bei der Beratung des Gesetzes über die 50%ige Abgabe eine neue lebhafte Mißstimmung bemerkbar. Lloyd George griff in die Debatte ein und erwähnte die Aeußerung Simons, daß es für Frankreich vorteilhafter wäre, in Form von Lieferung von Rohmaterialien und die Stellung von Arbeitern die Wiedergutmachung wirksam zu machen. Lloyd George gab der Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich, wenn man ihm ein derartiges ernsthaftes Angebot vorlegen würde, nicht von vornherein ablehnen werde. Groß-Britannien kann nur durch Geld entschädigt werden. Es habe kein Bedürfnis nach deutschem Rohmaterial und nach deutschen Arbeitsleistungen.

Reuter meldet: Die Reparationsbill ist in ihrer Ausschußfassung ohne wesentliche Aenderung angenommen worden.

Die Kammer genehmigte mit 491 gegen 70 Stimmen einen Vertrauensantrag für das Ministerium Briand.

Prinz Max von Baden über London.

Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden hat sich bei der Schlußprüfung in der Landwirtschaftlichen Winterschule in Salem über die Londoner Verhandlungen ausgesprochen, wobei er u. a. folgendes ausführte: Lloyd George hatte zu Beginn der Londoner Verhandlungen sein ganzes Land hinter sich. Aber sein zweites Nein auf das provisorische Angebot Simons war nicht mehr so kräftig. Lloyd George hat im zweiten Gang das Spiel verloren, denn jetzt hat er nicht nur die Finanzwelt Englands gegen sich, sondern auch die Arbeiterschaft und die liberale Opposition. Das ist ein ungeheurer Gewinn, den uns unser Minister des Aeußern verschafft hat. Das deutsche Volk sollte dies erkennen. Wir dürfen unserm Minister des Aeußern sein schwieriges Amt nicht noch mehr erschweren.

Die elsässische Arbeiterschaft gegen die Sanktionen.

Die gegen Deutschland beschlossenen Sanktionen haben nicht die Billigung der elsässischen Arbeiterschaft gefunden, weil davon das deutsche Proletariat am meisten betroffen würde. Im ganzen Lande wurden große Massenversammlungen einberufen, die einen nahezu vollzähligen Aufmarsch der sozialistisch gesinnten Arbeiterschaft zur Folge hatten. Die Zahl der in Mülhausen zur Versammlung erschienenen Arbeiter wird auf über 15 000 geschätzt. Es sprachen vier Redner, die mit scharfen Worten die neue Besetzung deutschen Gebietes verurteilten und die sofortige Aufhebung forderten. Auf Befehl des Generalkommissars stand in den Kasernen das Militär marschbereit, während bei den Versammlungen das ständige Polizeiaufgebot anwesend war, das die Aufgabe hatte, jede kriegsfeindliche Demonstration zu verhindern. Die Versammlungen nahmen einen durchaus ruhigen Verlauf. Zum Schluß wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, welche die Einsetzung einer internationalen Friedenskommission zum Zwecke der Revision des Versailler Vertrages unter Mitwirkung der internationalen Arbeiterschaft und die sofortige Aufhebung der Sanktionen im Ruhrgebiet fordert.

Auf der Lauer zu weiterem Einfall.

Der Madrider ABC. bringt einen stark ironisierenden Artikel über Lloyd Georges Vertrauen in der Frage der Annexionsabsichten in Frankreich auf das linke Rheinufer. Für niemanden sei es ein Geheimnis, daß in Frankreich alles für eine Mobilmachung vorbereitet sei, einschließlich der Anschlagszettel an die Türen der Bürgermeistereien. Frankreich warte nur auf einen deutschen Zwischenfall, einige mysteriöse Schüsse und einen toten Soldaten, Ereignisse, auf die man wohl rechnen könne und in denen man den bewaffneten Pangermanismus zu erblicken glaubt, um unter dem Schlachtruf der gesetzlichen Notwehr weiter in Deutschland einfallen zu können.

Ein ungeheurer Skandal in Madrid.

Ueber einen ungeheuren Skandal berichten die spanischen Zeitungen. Sie erheben in schärfsten Ausdrücken Anklage gegen den deutsch-österreichischen Vertreter in Madrid, Freiherrn v. Gagern. Er habe sich Unterschlagungen zuschulden kommen lassen, die in die Millionen gehen. Die Hälfte der für die Wiener Kinderhilfe gesammelten Gelder soll veruntreut sein. Es handelt sich um den Legationsrat Freiherrn v. Gagern, der als Gesandter Deutsch-Oesterreichs in Spanien fungiert. Die Beschuldigungen sollen begründet sein. Wie verlautet, ist Gagern abberufen worden.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 18. März. **(Verschiedenes.)** Auskünfte über die **Luxussteuerpflicht von Möbelstoffen** im Sinne des § 45 der Ausführungsbestimmungen zum neuen Umsatzsteuergesetz werden durch die technische Prüfungsstelle in Berlin NW. 6, Luisenstraße 32, erteilt. Den Gesuchen um Auskunft sind je 2 Stoffproben der gleichen Art beizufügen. Die Kosten der etwa erforderlichen sachverständigen Untersuchung der Ware, sowie die durch die Beförderung der Warenproben entstehenden Aufwendungen hat der Fragesteller zu tragen. Weitere Kosten oder Gebühren entstehen nicht. Die technische Prüfungsstelle ist befugt, die Bestellung eines angemessenen Kostenvorschusses zu verlangen.

Die Wahlen zur Landwirtschaftskammer, die für den [illegible] März vorgesehen waren, finden nicht [illegible] nur ein Wahlvorschlag einging. Als gewählt gelten Leopold Lippmann-Rünthe, Friedrich Böckelmann-Strickherdicke und Franz Pannock, Norddinker.

(Steuerbefreiung Erwerbsunfähiger.) Der Steuerausschuß des Reichstages nahm folgenden § 44 an: Den Steuerpflichtigen, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten, werden, wenn sich das steuerfreie Einkommen nicht hauptsächlich aus Kapitaleinkommen und Bezügen der in § 9 Nr. 3 bezeichneten Art zusammengesetzt, oder hauptsächlich aus einer der beiden Einkommensarten besteht, die Steuern erlassen mit 100 Prozent, sofern das steuerbare Einkommen 8000 Mk., mit 75 Prozent, wenn es 10 000 Mk., mit 50 Prozent, wenn es 12 000 Mk., mit 25 Prozent, wenn es 14 000 Mk. nicht übersteigt. Ferner wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der bezweckt, Aufwendungen für Kleinwohnungsbauten steuerlich zu begünstigen. Die über den Dauerwert hinausgehenden Mehraufwendungen sollen für das Steuerjahr, in dem sie gemacht sind, bei der Veranlagung in Abrechnung gebracht werden können.

Die folgenden Postgebühren wurden soeben im Reichstagsausschuß beschlossen: Ein Brief von 20—100 Gramm 80 Pfg. und von 100—250 Gramm 1,20 Mk. statt 100 Pfg. bezw. 150 Pfg. Weiter will man eine Stufe von 20 Gramm für Drucksachen einführen und dafür eine Gebühr von 10 Pfg. erheben.

(Die Zusammensetzung der neuen Berggewerbegerichte.) Bei den am 9. ds. Mts. stattgehabten Wahlen der Beisitzer der Berggewerbegerichte wurden im Ruhrrevier 229 275 Stimmen abgegeben. Davon entfallen auf die freien Gewerkschaften 107 640, auf die christlichen Organisationen 51 497, auf die Unionisten und Kommunisten 48 618, auf die polnische Berufsvereinigung 17 170 und auf den Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein 4250 Stimmen. Die Sitze verteilen sich wie folgt:

Freie Gewerkschaften	129 Sitze
Christliche Gewerkschaften	57 Sitze
Arbeiter-Union	51 Sitze
Polen	17 Sitze

(Reifeprüfung.) In der unter dem Vorsitz des Herrn Direktors Dr. Everlien stattgefundenen Schlußprüfung wurde folgenden Schülern das Reifezeugnis zuerkannt: Ernst Engel, Wilhelm Geldmacher, Herbert Meckies, Karl Pieper (Husen), Wilhelm Poth (Bergkamen), Heinrich Rittenbruch, Friedrich Werthwein (Westick).

Am Realgymnasium in Unna fand Montag die Abiturientenprüfung statt. Aus Kamen bestanden das Examen die Abiturienten Wilhelm Eggermann und Heinrich Rüberg.

(Billiger Mais.) Den Landwirten kann der verbilligte Mais zu 64 Mark je Zentner geliefert werden. Die Bedingungen und die Verkäufe sind aus einer Anzeige in heutiger Nummer der Kamener Zeitung ersichtlich. Wir weisen Interessenten hierauf besonders hin.

(Von der Straßenbahn.) Die Kleinbahn Unna-Kamen-Werne sieht sich infolge der Lohnerhöhungen usw. gezwungen, den Fahrpreis abermals zu erhöhen, wenn auch nur in ganz geringem Maße (z. B. kostet die Einzelstrecke 75 Pfg. statt 70 Pfg.). Um dem Kleingeldmangel zu begegnen hat man möglichst auf 25 Pfg.-Zahlungen nach unten oder oben abgerundet. Die Fahrpreise der einzelnen Strecken sind aus den Wagen-Plakaten ersichtlich.

*

Wegen Erschießung seiner Frau vor dem Schwurgericht.

Dortmund, 18. März. Der Polizeiwachtmeister a. D., jetzige Bergmann Otto Enders aus Unna erschien unter der Anklage, am 16. September 1920 seine Frau vorsätzlich getötet zu haben, vor den Geschworenen. Der Angeklagte ist 40 Jahre alt, hat im Jahre 1904 geheiratet und ist Vater von drei Kindern im Alter von 17, 14 und 12 Jahren. Er hat den Krieg von Anfang bis zum 21. Juni 1918 mitgemacht, ist immer an der Front gewesen und hat das Eiserne Kreuz 2. Kl. erhalten. Auf die Anklage antwortete Enders: Es ist richtig, daß ich meine Frau erschossen habe, aber ohne Absicht, sondern aus Fahrlässigkeit. Das Schöffengericht Unna, vor dem ich wegen fahrlässiger Tötung stand, hat sich für unzuständig erklärt und die Sache wegen Annahme vorsätzlicher Tötung an das Schwurgericht verwiesen. Am 16. September v. J. kam ich gegen ½7 Uhr nachmittags vom Dienst nach Hause, ging nochmals weg, um mich rasieren zu lassen, und steckte mir, wieder nach Hause gekommen, die lange Pfeife an, um dann meine Dienstwaffe behufs Reinigung aus dem Futteral zu nehmen. Auf dem Sofa am Tisch sitzend, nahm ich den Nahmen heraus und aus diesem die 7 Patronen. Dann holte ich mir Putzzeug herbei und setzte mich wieder auf das Sofa, während meine Frau an den Tisch trat mit der Bitte, ihr doch die Handhabung der Waffe zu zeigen. Ich wehrte das als zwecklos ab, gab aber schließlich auf wiederholte Bitte nach. Als ich nach Rücklegung des Entsicherungshebels in den Abzug faßte, ging ein Schuß los und meiner über den Tisch gebückten Frau in den Kopf, den sie gerade zur Seite gewendet hatte. Da ich in meiner Waffe nur 7 Patronen zu haben pflegte, war es mir zunächst unerklärlich, wie eine achte Patrone in den Revolver gekommen. In der Aufregung, in die ich naturgemäß geriet, äußerte ich mich zu den herbeieilenden Nachbarn, daß meine Frau sich erschossen habe. Ich war besorgt um meine Stellung und hatte Angst vor Strafe. Meine Frau hat noch eine Stunde gelebt. Sie hat mehrmals zu den sie fragenden Leuten gesagt, daß ich es getan habe. Ich habe sofort zum Arzt geschickt. Inzwischen bin ich niedergeschlagen umhergelaufen, ohne zu wissen, was ich tat und sagte. Daß noch ein Schuß in der Waffe gewesen, war mir unerklärlich und hat mich fast verrückt gemacht. Erst später fiel mir ein, was es für eine Bewandtnis mit der achten Patrone hatte. Einige Monate vorher hatte ich auf dem Bahnhof Gänsediebe abgefaßt. Vor dem Rathause gingen sie laufen. Ich schickte ihnen 6 Kugeln nach, sodaß noch eine Patrone im Revolver blieb. Als ich einige Tage darauf einen neuen Nahmen einsetzte, nahm ich die überschüssige Patrone heraus und barg sie zunächst in der Westentasche, steckte sie aber später in den Lauf, wie ich es im Felde gesehen. — Als ich gesagt, daß meine Frau sich selbst erschossen habe, hätte ich gern das Wort zurückgenommen. Auf der Polizei habe ich angegeben, daß die Waffe sich entladen habe, als ich sie meiner Frau, die sie in die Hand genommen, entreißen wollte. Es ist richtig, daß meine Frau vor ihrem Tode „Du Aas, Du Lump!" mir zugerufen hat. Meine Frau war nervenkrank. Als ich aus dem Felde zurückkam, habe ich alles nur mögliche getan, damit meine Frau gesunde. Sie war auf dem besten Wege, wieder auf die Beine zu kommen, da passierte dies. Die Behauptung, daß ich meine Frau erschossen habe, weil ich ein Verhältnis mit Frau E. gehabt, ist falsch. Ich werde doch meine Frau nicht erschießen, um eine ärmere Frau zu heiraten. Wir verkehrten mit E.'s, aber ich habe mit Frau E. nichts gehabt. Wer etwas anderes sagt, der lügt. „Anna ist ein Quasselneft". Es stimmt, daß Frau E. mir seit einigen Tagen den Haushalt, aber nur vorübergehend, führt, bis meine erkrankte ältere Tochter es wieder kann. Meine Verwandten haben mir dazu geraten. Meine Frau war, seit sie krank geworden, eifersüchtig, hat aber keinen Grund dazu gehabt. Auf der Polizei habe ich gesagt, daß meine Frau öfter geäußert, sie wolle sich etwas antun, aber das habe er nicht gesagt, um einen Selbstmord seiner Frau erklärlich erscheinen zu lassen. Aus den Aussagen der Zeugen geht hervor, daß Frau Enders ihren Mann sehr lieb gehabt und in voller Einigkeit mit ihm gelebt hat, auch wenn sie eifersüchtig ohne Grund war. Die Frau war ihrem Mann sehr dankbar für die Liebe und Sorgsalt, die er ihr während ihrer Krankheit hat zuteil werden lassen. Allerdings hat die Frau allerlei harte Aeußerungen getan, aus denen fremde Leute vielleicht haben entnehmen können, der Angeklagte habe sie absichtlich erschossen. Im übrigen hat der Angeklagte einem Zeugen gegenüber schon zugestanden, „daß er es getan, daß ihm ein Schuß losgegangen". Ein Bruder der getöteten Frau selbst stellt dem Angeklagten ein gutes Zeugnis aus und hält es für ausgeschlossen, daß dieser absichtlich seine Frau erschossen habe. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme am Mittwoch vermochte der Vertreter der Anklage nicht mehr, die Geschworenen um Bejahung der auf Totschlag gerichteten Frage zu bitten, während es die Verteidigung nicht schwer hatte, nachzuweisen, daß nur fahrlässige Tötung vorliege. — Daß Enders vor dem Schwurgericht hat erscheinen müssen, verdankt er offenbar unverantwortlicher Klatscherei und Denunzierens „getreuer Nachbarn und desgleichen". Die Geschworenen verneinten nach kurzer Beratung die Frage nach Totschlag und bejahten die Frage nach fahrlässiger Tötung. Der Staatsanwalt beantragte hierauf 5 Monate Gefängnis und stellte anheim, den Angeklagten auf die Bewährungsliste zu setzen. Das Gericht erkannte auf 4 Monate Gefängnis und beschloß Strafaufschub.

*

* **Rauxel**, 17. März. **(Tod durch Verschüttung.)** Auf der Schachtanlage 1/2 der Zeche „Graf Schwerin" wurden durch das Zubruchgehen des Hangenden zwei Bergleute verschüttet. Während es gelang, einen der Verschütteten ziemlich unverletzt zu bergen, konnte der Hauer Ludwig Möller aus Kirchlinde nach mehrstündiger Arbeit nur als Leiche geborgen werden.

(s) **Garenfeld**, 17. März. **Vermißt** wird seit einiger Zeit, wie die „Schw. Ztg." meldet, die 23jährige Johanna Mörschhäuser, Tochter des Ingenieurs Alexander Mörschhäuser an der Ruhrbrücke. Das Mädchen, welches einen Gang nach Westhofen besorgen wollte, ist von diesem Wege nicht zurückgekehrt, sodaß angenommen werden muß, daß ihm ein Unglücksfall zugestoßen ist. Bekleidet war das Mädchen beim Fortgang mit einem einfachen schwarzen Hauskleide und hellgestreifter Schürze, ohne Hut; es ist ungefähr 150 Zentimeter groß und hat dunkelblondes Haar. Sachdienliche Mitteilungen über den Verbleib der Vermißten sind an die Polizeiverwaltung Westhofen erbeten.

(bu) **Buer**, 17. März. **(Die Lebensstrafgödic eines Invaliden.)** Vorüberfahrende Schiffer bemerkten Sonntag morgen unterhalb der Emscherbrücke in Buer-Erle im Kanal eine männliche Leiche. In dem Toten wurde der Invalide Jak. Wetterau aus dem Altersheim Bethanien in Volmarstein festgestellt. Bereits Ende Februar ds. Js. hat er sich aus dem Heim entfernt. Vor einigen Tagen war er in einer Wirtschaft in Buer-Erle und äußerte sich zu der Wirtin, die ihm von früher bekannt war, daß er das Leben leid sei, weil sich niemand um ihn kümmere; er werde sich das Leben durch Ertrinken nehmen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß er sich durch Selbstmord das Leben genommen hat.

*

Der westfälische Provinziallandtag.

Münster, 17. März. Der Provinziallandtag genehmigte die Aenderung der Viehseuchensatzung. Dann wird das Reglement für die Provinz Westfalen zur Ausführung des Gesetzes über die Krüppelfürsorge vom 6. Mai 1920 beraten. Abg. Lensing (Zentr.) beantragt, die Vorlage an die Kommission zurückzuweisen. Dieser Antrag wird angenommen. Der Provinzialausschuß beantragt, zu genehmigen, daß der Provinzialverband beim Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg G. m. b. H. eine weitere Stammeinlage in Höhe von 300 000 Mk. übernimmt und für Gründungskosten und Bauzinsen 8 Prozent auf jeden Anteil zahlt, für eine vom Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg G. m. b. H. aufzunehmende Anleihe selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe von 360 000 Mark übernimmt und die 300 000 Mk. und die 8 Prozent Kosten und Zinsen, im ganzen 324 000 Mark, im Wege der Anleihe bei der Landesbank beschafft werden. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Der Provinzialausschuß beantragt ferner, zu genehmigen, daß der Provinzialverband 180 000 Mk. Vorzugsaktien der Kraftwerk-A.-G. ab 1. Oktober 1920 übernimmt und die erforderlichen Geldbeträge dafür im Wege der Anleihe bei der Landesbank beschafft. Abg. Mehlich (Soz.) meint gegenüber Bemerkungen des Abg. Stolzenburg (Komm.): Wenn die Kommunisten keine Ahnung von den Dingen hätten, sollten sie nicht darüber sprechen. Seine Fraktion habe die Anregung gegeben, um Geld für soziale Anstalten zu haben. Die Vorlage wird angenommen. Abg. Schmidt-Siegen (Soz.) begründet die Vorlage, dem westfälischen Herbergsverband eine Summe von 20 000 Mk. zur Verteilung an bedürftige, mit Wanderarbeitsstätten verbundene Herbergen zu bewilligen. In seinem Schlußwort weist der Berichterstatter darauf hin, daß Stolzenburg in der Ausschußsitzung keine Vorwürfe gegen das Herbergswesen erhoben hat. Es wäre seine Pflicht gewesen, sein Material der Kommission zur Verfügung zu stellen. (Beifall.) Die Vorlage wird gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Der Provinzialausschuß beantragt, ihn zu ermächtigen, für die unmittelbare Beteiligung des Provinzialverbandes an heimische Kleinbahn-Unternehmungen beschlossene Kredite von 5 Millionen [illegible] für Darlehen an notleidende nebenbahnähnliche Kleinbahnen zu bewilligen und die Bereitstellung durch Anleihe bei der Landesbank zu beschaffen. Nach kurzer Debatte wird die Vorlage angenommen. Die Wahl des Provinzialausschusses wird vorgenommen. Es werden 131 Stimmen abgegeben. Davon entfallen auf den Wahlvorschlag der Unabhängigen 6, der Kommunisten 9, auf die Liste Mehlich 37, auf den Vorschlag des Zentrums 51 und auf den Vorschlag der Deutschen Vereinigung 28 Stimmen.

*

(g) **Störmede**, 12. März. **(Das böse Gewissen.)** Dem Landwirt Bernh. Gockel ist in der Nacht vom Freitag auf Samstag ein zehnjähriges Pferd mit Geschirr aus dem Stall gestohlen worden. In der letzten Nacht wurde das Pferd wieder zurückgebracht und fand sich am Morgen auf dem Hofe wieder. Einbrechen wollen gehört haben, wie ein Reiter im Galopp ankam, das Pferd auf den Hof jagte und dann wieder verschwand unter „großmütigem Verzicht" auf die ausgesetzte Belohnung von 100 Mark. („Patriot".)

! **Marienheide**, 17. März. **(Sich selbst erstochen.)** In Wegescheid war ein 14jähriger Junge damit beschäftigt, sich einen Stock zurecht zu schneiden, dabei glitt ihm das Messer aus, und der Kleine traf sich selbst mit der Spitze des Messers so unglücklich in die Brust, daß er kurz darauf starb. Die Spitze war gerade ins Herz gedrungen.

** **Essen**, 17. März. **Ein Raubüberfall** der im Dezember vorigen Jahres in der Kruppschen Konsumanstalt in Kronenberg ausgeführt wurde, kam gestern vor dem hiesigen Schwurgericht zur Verhandlung. Die Räuber, 4 an der Zahl, waren mit dem Ruf: Hände hoch! in die Konsumanstalt eingedrungen und raubten die Kasse, in der sich ein Betrag von etwa 2000 Mark befand. Die Haupttäter Heß und Conzen wurden zu 6 bezw. 5 Jahren Zuchthaus, die Mitangeklagten Blanke und Steinberg zu je 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

** **Essen**, 16. März. **Ein berufsmäßiger Einbrecher** namens Toemmes, der seinen Lebensunterhalt hauptsächlich durch den Verkauf von ihm gestohlener Schreibmaschinen bestritt, ist hier in der vergangenen Woche festgenommen worden. Die bisherigen Verhandlungen haben ergeben, daß Toemmes allein nach Paderborn 36 gestohlene Maschinen geliefert hat. Von den dort und außerhalb verkauften Schreibmaschinen konnten, wie die Paderborner Polizei mitteilt, inzwischen 11 wieder herbeigeschafft werden. Einer der Beteiligten wurde festgenommen und zwecks Gegenüberstellung mit Toemmes nach Essen überführt.

** **Duisburg**, 17. März. **Vor dem Schwurgericht** hatten sich in zweitägiger Verhandlung 13 Eisenbahnbeamte und Eisenbahnangestellte des Duisburger Hauptbahnhofs wegen Fahrkartenschwindeleien zu verantworten. Durch diese Schwindeleien sind dem Eisenbahnfiskus ganz gewaltige Summen veruntreut worden, nach Schätzung eines Sachverständigen 2 Millionen Mark. Der Hauptangeklagte, der Eisenbahnunterassistent Kautz, erhielt drei Jahre Zuchthaus, zehn Angeklagte Gefängnisstrafen zwischen einem Jahre drei Monaten bis drei Jahre, ein Angeklagter sechs Monate Gefängnis, ein Angeklagter wurde freigesprochen. Bei sieben Angeklagten wurde außerdem auf drei Jahre Ehrverlust erkannt.

(b) **Köln**, 11. März. **Ueber eine drollige Rache** wird berichtet: Der Rentner Schmitz in Köln hatte sich das ganze Jahr über eine mangelhafte Zustellung seines Leibblattes beschweren. Er wohnte auf der zweiten Etage. Die Zeitungsfrau aber wirft aus Bequemlichkeit die Zeitung jeden Abend in das Treppenhaus, wo sie dann von unwillkommenen Interessenten mitgenommen wird. „No wort dachte der Herr Schmitz, „et kütt jo och Neujohr!" Und Neujahr kam. Prompt schellt er an der Etagentür von Herrn Schmitz und vor steht die Zeitungsfrau und sagt freundlich: „En glöcksillig Neujohr, Herr Schmitz!" „Ach," rief Herr Schmitz, „de Zeidungsfrau! Jo, do hat Ehr äwer Pech! Ich daach nähm

Der stille See.

Roman von H. Courths-Mahler.

Nachdruck verboten.

12. Fortsetzung.

Hans Rochus richtete sich auf und küßte ihr mit konventioneller Höflichkeit die Hand.

Sie dankte ihm in gleicher Weise, und es entstand danach eine Pause. Endlich sagte sie leise, einschmeichelnd:

„Hans Rochus, mach doch nicht so ein trauriges Gesicht. Sieh — für dich ist es doch nun die höchste Zeit, daß du dich nach einer vermögenden Frau umsiehst. Ich will dir helfen — ja? Ich suche dir eine Frau aus, die nicht nur reich, sondern auch liebenswürdig ist."

Um liebsten hätte er ihr voll Bitterkeit ins Gesicht gelacht.

„Du bist zu gütig, Hilde. Aber ich muß danken. Mach dir um mich keine Sorgen", sagte er ruhig.

„Dann sei aber nicht mehr so traurig. Kracht kann jede Minute hier sein. Er braucht dir nichts anzumerken."

Er lächelte bitter. Ihre Sorge um ihn galt nur dem Umstand, daß Kracht keinen Verdacht schöpfte.

„Sei unbesorgt, ich werde mich zu beherrschen wissen. Außerdem weiß Kracht als mein Freund, daß ich in schwierigen Verhältnissen stecke. Er wird es begreiflich finden, daß ich nicht so lustig bin."

Die Generalin trat wieder ein und tauschte einen forschenden Blick mit Hilde aus. Hans Rochus fing diesen Blick auf, und ein starkes Unbehagen nahm von ihm Besitz. Er wußte nun, daß die beiden Damen im Einverständnis waren.

„Krachts Wagen ist eben vorgefahren, Hilde", rief ihr die Mutter wie warnend zu.

„Es ist gut, Mama, Hans Rochus habe ich meine Verlobung schon heute mitgeteilt. Er gehört doch zur Familie."

„Allerdings. Was sagst du dazu, Hans Rochus? Macht Hilde nicht eine glänzende Partie?"

„Gestatte, daß ich dir meine Glückwünsche darbringe, gnädigste Tante."

„Ich danke dir, Hans Rochus. Mache es nur Hilde bald nach."

Er neigte nur stumm das Haupt. Kracht trat ein. Mit strahlendem Lächeln begrüßte ihn Hilde, als hätte sie ihn sehnlichst erwartet.

„Hans Rochus ist eingeweiht", sagte sie lächelnd.

Die beiden Freunde reichten sich die Hand und Hans Rochus empfand plötzlich Mitleid mit Kracht. Er war ein so grundehrlicher, gutmütiger Mensch und liebte Hilde gewiß von ganzem Herzen. Daß sie in ihm nur die reiche Partie sah, wußte er gewiß. Es war ihm sehr unangenehm, mit ansehen zu müssen, daß Hilde Kracht gegenüber scheinbar in Liebe und Zärtlichkeit aufzugehen schien. Obwohl er wußte, daß ihr Wesen nicht echt war, tat ihm doch das Herz weh vor Eifersucht.

Gar zu reizend sah das schöne Mädchen aus, die weiche, schmiegsame Grazie, das neckische Plaudern, — all das kannte er an ihr und hatte es für den Ausfluß ihres innersten Wesens gehalten. Es hatte auch ihm einmal gegolten. Nun verschwendete sie all den betörenden Zauber an ihren Verlobten, und obwohl er nun wußte, daß es nur Komödie war, er neidete Kracht doch jeden ihrer Blicke und konnte seine Augen nicht von ihr abwenden. Schließlich konnte er es nicht länger ertragen und verabschiedete sich unter dem Vorwand einer getroffenen Verabredung. —

Tief verstimmt und niedergedrückt schritt er seiner Wohnung zu. Das Leben erschien ihm schrecklich schal und öde. Lohnte es sich denn, es weiterzuführen und diese elende Komödie weiter zu spielen? War es nicht besser, er machte Schluß? Was hatte er denn vor Hilde voraus? Durfte er ihr einen Vorwurf machen? Tat er nicht das Gleiche? Freilich — sie heuchelte Liebe, wo sie keine empfand. Das brauchte er gottlob nicht. Ruth Ravenport gab und verlangte keine Liebe von ihm. Er durfte ihr gegenüber wahr und ehrlich bleiben. Das allein machte ihm das Verhältnis erträglich. Und war nicht Ruths kühles, nüchternes Benehmen achtenswerter als Hildes Zärtlichkeitskomödie? Freilich, Kracht hätte sie wohl nicht zu seiner Braut gemacht, wenn er an ihrer Liebe hätte zweifeln müssen. Wollte sie den reichen Mann haben, mußte sie sich ihn durch dieses Spiel erwerben. Das hatte Ruth Ravenport nicht nötig. Sie schenkte ihrem Verlobten mit ihrer Hand das Schloß seiner Väter zurück und ein großes Vermögen dazu. Warum tat sie es nur? Wirklich nur, um Gräfin Rochsberg zu heißen und in seine Kreise eingeführt zu werden?

Bisher hatte Hans Rochus ziemlich gedankenlos in den Tag hinein gelebt, ohne sich Sorgen über die Zukunft zu machen. Er hatte wohl längst gewußt, daß er eines Tages dem Ruin gegenüberstehen würde, und gleich vielen seiner Standesgenossen war ihm eine reiche Heirat als das einzige erschienen, sich wieder flott zu machen. So war ihm Ravenports Vorschlag nicht so ungeheuerlich erschienen. Es war ihm fast angenehm gewesen, daß sich das alles so leicht und spielend machte. Nur der Gedanke an Hilde hatte ihn bedrückt. Und nun war er auch dieser Sorge ledig.

Aber statt nun erleichtert aufzuatmen, fing er an zu grübeln. Es war durch alle diese Verhältnisse etwas in ihm wachgerufen worden, was sich nicht zum Schweigen bringen lassen wollte. Hatte er früher ernsten Gedanken nachhängen wollen, dann hatte ihn sein leichtlebiger, immer zu Lust und Freude aufgelegter Vater schnell wieder in den Strudel der Lebensfreuden hineingerissen. Jetzt hatte er niemand mehr, der ihn seinen Grübeleien entriß. Wenn er all die Jahre nicht so toll darauf los gelebt und auch den Vater ernster beeinflußt hätte — ob da Rochsberg nicht zu halten gewesen wäre, auch ohne Ruth Ravenport? Wenn er den Abschied schon vor Jahren genommen und Rochsberg selbst bewirtschaftet hätte mit Einsatz seiner ganzen Kraft? Ob da der Ruin nicht aufzuhalten gewesen wäre? Der Inspektor hatte sicher reichlich in seine Taschen gewirtschaftet — der alte wenigstens, denn für den neuen, der erst ein Jahr auf Rochsberg weilte, war nicht viel übrig geblieben. Wenn er sich beizeiten gegen den Untergang gestemmt hätte, dann wäre Rochsberg durch eigene Kraft zu halten gewesen.

Es war noch gesundes, männliches Empfinden in ihm, daß es ihm demütigend war, einer Frau danken zu müssen, wenn er nicht unterging. Und mit einem Male war die Liebe zu seinem angestammten Besitz wieder in ihm wach geworden. Der Gedanke, seinen Abschied zu nehmen und wenigstens seinen ehrlichen Willen in die Wagschale zu legen, um Rochsberg wieder empor zu bringen, höhnte ihn etwas aus an den bestehenden Verhältnissen. Er wollte nicht mehr so tatenlos und leichtlebig seine Tage verbringen, wollte ihnen einen Inhalt geben, um das Gefühl der Demütigung überwinden zu können, das ihn niederdrückte. — Und zwischen seine peinvollen Gedanken schob sich immer wieder die Erinnerung an Ruth. Er konnte nicht ergründen, was sie zu dieser Verbindung getrieben. Gab es so willenlosen Gehorsam eines Kindes gegen den Vater? Oder lockte sie wirklich nur der Glanz seines Namens? Sie schien für ihre Person nicht so anspruchslos zu sein, wie es in den schlichten Haushalt Ravenports paßte.

Ihr Kostüm war kostbar und elegant gewesen und entstammte sicher einem erstklassigen Modeatelier, und ihre ganze Erscheinung trug, trotz dem Rahmen der engen Häuslichkeit, Hoheit. Sie kleidete sich nicht eleganter, und daß sie so anspruchsvoll in ihrer Toilette war, wußte Hans Rochus.

Und da war er wieder bei Hilde mit seinen Gedanken. Er fürchtete sich, in seine Wohnung zu gehen und neue Grillen zu fangen. Er suchte eine Weinstube auf, wo er wußte, daß er Kameraden antraf. Es waren auch einige Herren anwesend, die ihn erfreut begrüßten. Hans Rochus war sehr beliebt. Die Herren suchten ihn aufzuheitern, glaubten sie doch, seine trübe Stimmung sei durch den Tod seines Vaters veranlaßt.

Auch Heinz von Wendlitz war anwesend. Hans Rochus wußte, daß dieser sich auch eifrig um Hildes Gunst beworben hatte. Ob er schon eine Ahnung hatte, daß sie mit Kracht verlobt war? Er sah sehr blaß und niedergeschlagen aus. Aber wie sollte er es wissen? Die Verlobung war doch noch ein Geheimnis.

Er ahnte nicht, daß Hilde am Vormittag bereits eine heimliche Unterredung mit Wendlitz gehabt und daß dieser, gleich ihm, von ihr Beweise einer erwiderten Neigung erhalten hatte, ehe sie sich mit Kracht verlobte.

(Fortsetzung folgt.)

Ich, Ehr kinnt kein Trappe steige, un do han ich, öm üch entgägezukumme, et Neujöhrche unger op de Trap gelächt. Weßt Ehr do, wo Ehr et ganze Johr de Zeidung hergelaht hat! Lauft flöck erav! Am Eng litt et noch do!"

Die Folgen der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß, vermehrt um die Mitglieder des Vorstandes und des Außenhandelkontrollausschusses des Reichswirtschaftsrates, nahm in seiner gestrigen Sitzung die Erklärungen des Reichswirtschaftsministers und des Ministers des Aeußern über die Folgen der Zwangsmaßnahmen entgegen.

Minister Scholz führte dabei folgendes aus: Der [illegible] verkennt, daß Deutschland weniger von seinen [illegible], besonders auch von England, werde kaufen können, wenn sein Außenhandel durch die verlangte fünfzigprozentige Ausfuhrabgabe erdrosselt werde. Der Außenhandel müsse sich auf die veränderten Verhältnisse einstellen und sich neue Wege suchen müssen. Es sei zu hoffen, daß der Osten von Europa sich für die deutsche [illegible] als aufnahmefähig erweisen werde. Zu begrüßen sei die Erweiterung der Ausfuhrfreiliste, der Wegfall der Preiskontrolle auf den meisten, der Mengenkontrolle auf verschiedenen Gebieten. Dazu komme der Abbau der Ausfuhrabgabe. Der durch die Handelserschwerungen drohenden Arbeitslosigkeit müsse durch Umstellung der Industrie werde am besten durch eine energische Wiederbelebung des Baumarktes entgegengearbeitet. Ferner sei eine Erweiterung der produktiven Erwerbslosenfürsorge ins Auge zu fassen. Die Einfuhrverbote für [illegible] Auslandswaren seien mit Nachdruck durchzuführen. Vorkehrungen gegen ein „neues Loch im [illegible]", sowie eine Verringerung des Verbrauchs überflüssiger [illegible] seien [illegible]. Erhebung von Abgaben wären in Betracht [illegible]. Endlich sei auch der Beamtenfrage im besetzten Gebiet ernste Aufmerksamkeit zu widmen.

Minister des Aeußern Dr. Simons: Die deutsche Wirtschaft müsse fähig gemacht werden, den Ansturm der Zwangsmaßnahmen zu ertragen und die großen Gefahren abzuwenden, die auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit aus ihnen erwachsen. Sie muß aber gleichzeitig neben diesen negativen Maßnahmen sich auch schon positiv vorbereiten auf das, was später kommen soll. Denn darüber sind wir uns wohl alle einig, daß wir über kurz oder lang wieder zu Verhandlungen kommen werden und das umso sicherer, je mäßiger wir unsere gegenwärtige Lage überdenken und je fester unsere Nerven sind. Ich bin der Meinung, daß es sich jetzt erwiesen hat: die Methode unserer Gegner, schon jetzt auf lange Zeit hinaus Ziffern für Deutschlands Finanzleistungen in Annuitäten festzusetzen, hat Fiasko erlitten. Wir müssen die Sache jetzt von einer anderen Seite anfassen. Für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete muß nunmehr ein in das einzelne gehender Plan gemacht werden, soweit das bei dem Mangel der Betätigung im Ort und Stelle für uns überhaupt möglich ist. Dieses Problem hängt aber eng zusammen mit den Siedlungsproblemen, die wir in Deutschland selbst zu erledigen haben. Dem wir können unsere Wiederaufbaukräfte nicht ausschließlich in den Dienst der Gegner stellen. Wir müssen unsere eigene Note dabei auch in Rücksicht ziehen. Ich halte [illegible] dafür, daß der Plan der Wiederaufbautätigkeit in großem Stil in Angriff genommen werden muß. Aber das genügt noch nicht, um aus der schweren Lage der Gesamtwirtschaft herauszukommen. Wir müssen andere Mittel finden, um der drängenden Kapitalnot der [illegible] Wirtschaft eine Möglichkeit der Milderung zu verschaffen. Das können wir nicht mit Geld und Gold. Wir haben beides nicht. Wir können das auf die Dauer nur mit unserer Arbeit, die wir als Gewährleistung und Sicherheit für eine Anleihe einsetzen, mit der wir den französischen Finanzbedürfnissen entgegenkommen können. Auch diese Frage muß unbedingt geprüft werden. Sie ist meiner Ansicht nach sehr viel schwerer als die erste und kann sehr viel weniger von uns gelöst werden, weil sie viel unmittelbarer auf internationale Zusammenarbeit abgestellt ist. Aber auch hier müssen wir Vorbereitungen treffen, damit wir, wenn die Zeit kommt, wo wir uns wieder an den Verhandlungstisch setzen, mit wirklich ausgearbeiteten Plänen kommen. Deshalb möchte ich vorschlagen, daß der Reichswirtschaftsrat diese beiden Fragen auf das eingehendste erörtert werden und daß er seine so zahlreichen sachkundigen Kräfte in den Dienst der Sache stellt.

In der nun folgenden Erörterung wurde die Rechtsfrage der Sanktionen nicht weiter berührt, da ihr Unrecht völlig klar ist, wohl aber wurden Befürchtungen laut, daß diese Zwangsmaßnahmen von der Entente zu einer Blockade Deutschlands führen werden. Trotzdem herrscht darüber Einigkeit, daß die Sanktionen vorläufig ertragen werden müssen, weil die werktätige Bevölkerung viel mehr und für eine weitere Generation darunter leiden würde. Mit Beziehung auf die in der Ententepresse geäußerten Blockadeabsichten wurde auch die Notwendigkeit einer Umstellung der deutschen Getreidewirtschaft betont. Zur gegenwärtigen Ernährungslage äußerte ein Vertreter des Reichsernährungsministeriums, daß die Ernährung bis zur neuen Ernte unbedingt gesichert und eine gewisse Reserve an Lebensmitteln für den Fall der Not vorhanden sei. Um der Regierung die Möglichkeit zu geben, bei oft dringlichen, sehr schnell zu fassenden Beschlüssen jederzeit sich des Rates von Sachverständigen des Reichswirtschaftsrates bedienen zu können, wurde unter Zustimmung der Regierung ein fünfzehngliedriger Ausschuß gebildet, zu dessen Vorsitzenden die Herren Direktor Krämer, Minister a. D. Wissell und Staatssekretär a. D. August Müller gewählt wurden.

Briand über die Londoner Konferenz.

Die französische Kammer setzte gestern die Besprechung der Interpellationen über die Londoner Konferenz fort. Nach Aeußerungen des Abgeordneten Lenail über die Orientfrage führte Ministerpräsident Briand folgendes aus:

Als ich nach London kam, hielt ich es für eine Pflicht der Aufrichtigkeit, den Verbündeten gegenüber zu erklären: „Ich stehe wie an einer Mauer, von der ich mich nicht einen Millimeter entfernen kann." Obwohl die in London getroffenen Entscheidungen noch keinen endgültigen Charakter haben, dürfen sie doch nicht als geringfügig angesehen werden. Sie beweisen Deutschland und der Welt, daß die Verbündeten am Rhein einig sind. (Lebhafter Beifall.) Deutschland hatte in heftigen Reden die Pariser Beschlüsse abgelehnt. Deshalb waren die Zwangsmaßnahmen notwendig geworden. Man muß wissen, und damit antworte ich nicht nur den Interpellanten, sondern ich spreche so, daß man mich am andern Ufer des Rheins hört, daß diese Zwangsmaßnahmen eine Notwendigkeit waren. Man hat sich zu solchen Zwangsmaßnahmen entschlossen, die möglichst wirksam und dabei wenig kostspielig erstehen. Was die Sicherungen betrifft, so halten die Verbündeten Essen unter der Tragweite ihrer Geschütze, und ihre Artillerie gebietet jetzt über den größten Teil der Ausfuhrhäfen des Ruhrbezirks. Wer gehofft hatte, daß die deutschen Arbeiter die Ankunft der französischen Truppen mit Mißtrauen aufnehmen würden, könnte jetzt über den Standpunkt dieser Arbeiter nachdenken. Die deutsche Arbeiterschaft hat sich mit den imperialistischen Industriellen nicht einig erklärt. Ueber die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen sagte Briand, daß die 50 v. H. Ausfuhrabgabe von den Engländern vorgeschlagen worden sei.

Wenn die Verbündeten Deutschland den Eindruck geben, daß sie einig und entschlossen sind, alle wirksamen Maßnahmen zur Durchführung ihrer Beschlüsse zu ergreifen, so wird Deutschland Hilfsquellen bei sich entdecken, die alle Welt in Erstaunen setzen werden. Briand sprach dann von den Gründen, die die Deutschen den Verbandsentscheidungen entgegensetzten, und sagte, den Reden des deutschen Ministers Simons in London komme keinerlei Bedeutung zu. Dr. Simons mache den Eindruck eines Staatsmannes, der eine schwache Regierung vertritt. Man habe gefühlt, daß hinter ihm eine vergiftete öffentliche Meinung stehe, die geheimnisvolle Zwecke verfolge. Deutschland müsse sich Rechenschaft darüber geben, daß es besiegt ist. Ein großes Unglück sei es gewesen, daß Deutschland nicht in hinreichend offenkundiger Weise besiegt schien, um selbst zu dem Bewußtsein seiner Niederlage zu kommen. Aber die Anwesenheit der französischen Truppen am Rhein könne Deutschland zeigen, daß sich seit 1870 gewisse Ereignisse eingestellt haben. Briand pries dann Lloyd George, der sich als warmer Freund Frankreichs erwiesen habe. Wenn man es mit Deutschland zu tun habe, müsse man Mißtrauen hegen. Deutschland sei im Besitz hervorragender Reichtümer. Da es aber der Schuldner Frankreichs sei, müsse es zahlen, und zwar nicht nur entsprechend seinen gegenwärtigen, sondern auch seinen zukünftigen Einnahmen, und auch von seinem Kapital müsse es Abgaben leisten. Deutschland besitze große Industrien, Bergwerke, Wälder, Eisenbahnen, die zur Beschaffung der Entschädigungsforderung herangezogen werden könnten. Wer in Deutschland Reichtümer besitze, dürfe nicht hoffen, sie verbergen zu können und eine andere politische Ordnung einzuführen. Wer in Deutschland Geld besitze, müsse zahlen. Er gehe hinsichtlich Deutschlands den kommenden Ereignissen zuversichtlich entgegen. Man sei in vollem Einvernehmen mit den Verbündeten und mit den Parlamenten zum Handeln entschlossen.

(TU) Die Regierung hat den Gesetzentwurf zur Abgabe eines Teiles des Wertes der in Frankreich eingeführten deutschen Waren in der Kammer eingebracht. Die Abgabe kann bis zu 50 Prozent ausgedehnt werden.

Was besetzt ist.

Dem „Temps" zufolge hat der in Düsseldorf kommandierende General Gaucher folgendes erklärt: Außer Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort haben wir noch einige andere Orte, namentlich Meiderich und Hamborn, aus strategischen Gründen besetzen müssen. Unser Vormarsch ist bis südlich Ratingen auf dem rechten Rheinufer gegangen und weiter nördlich bis zum Bahnhof westlich Oberhausen. Wir halten somit die ganze Eisenbahnlinie zwischen Düsseldorf und Duisburg, sowie das zwischen dieser Bahnstrecke und dem Rhein belegene Gebiet besetzt.

Amerika als Vermittler?

(W) „Morning Post" meldet aus Washington, daß der Vorschlag, die Vereinigten Staaten sollten als Schiedsrichter zwischen den Alliierten und Deutschland auftreten, der von bedeutenden Neuyorker Geschäftsleuten gemacht wurde, jetzt vom „Neuyork Herald" warm vertreten wird. „Herald" schreibt: Keine der beiden Parteien könne jetzt etwas unternehmen, ohne eine Unterstützung von außen. Als Vermittler würden die Vereinigten Staaten ihre Stellung der Nichteinmischung in europäische Angelegenheiten nicht aufgeben, sondern nur das Hardingsche Programm der Wiederherstellung des Friedens um des Friedens willen durchführen. Während einige Senatoren dem Plan einer amerikanischen Vermittlung nicht abgeneigt sind, erklärt die Mehrzahl der Senatoren, es sei unmöglich, diesen Plan ernstlich in Erwägung zu ziehen.

Der Londoner Berichterstatter der „Chicago Tribune" teilt zur Frage der alliierten Kriegsschulden eine Aeußerung eines englischen Diplomaten mit, der bei den Friedenskonferenzen seit Versailles eine führende Rolle gespielt hat. Der Diplomat, der ungenannt zu bleiben wünschte, sagte unter anderem: Jeder vernünftige Mensch in England wisse, daß England niemals einen Pfennig weder von Deutschland noch von seinen alliierten Schuldnern bekommen werde. Amerika habe den Schlüssel zum Weltfrieden in der Hand und es werde nicht eher wirklichen Frieden geben, als bis Amerika eingreife.

Amerikanische Enthüllungen.

Die Hearstschen Blätter beginnen mit der Veröffentlichung der angekündigten geheimen Akten über die Entstehung des Weltkrieges. In einem einleitenden Aufsatz wird dargelegt, daß die britische Regierung eine halbe Million Pfund aufgewandt habe, um geheime Schriftstücke Rußlands zu erwerben, die ein gelles Schlaglicht auf die treibenden Kräfte zu Beginn des Weltkrieges werfen. Ein Telegramm, das der russische Minister des Auswärtigen, Sasonow, am 15. Mai 1914 an den russischen Botschafter in London, Graf Benckendorff, gesandt hat, beweist, daß Rußland in Gemeinschaft mit Großbritannien Pläne für ein Zusammenwirken der beiderseitigen Flotten ausgearbeitet hatte. Sasonow sagt: „Am 15. Mai 1914 findet eine Zusammenkunft zwischen den Führern der Seestreitkräfte zum Austausch ihrer Ansichten über eine Abmachung für das Zusammengehen zur See zwischen Rußland und England für den Fall kriegerischer Verwicklungen statt, wie eine solche Abmachung bereits zwischen Rußland und Frankreich besteht." Ueber die Art der gemeinschaftlichen Unternehmungen zur See sollten noch bestimmte Maßnahmen getroffen werden. Der Aufsatz malt in dunklen Farben die Diplomatie Sir Edward Greys. Er schildert ihn als Erneuerer einer Art Machiavellismus, wie er bis dahin noch nicht bestand, und versucht zu beweisen, daß Grey sich vollständig unter dem Einflusse Sasonows befunden habe. Schließlich wird behauptet, daß Haldanes Sendung in Berlin unaufrichtig gewesen sei und ihr Zweck nur darin bestanden habe, Deutschland in Ruhe zu wiegen und dann zu überlisten.

Unsinnige polnische Beschuldigungen.

(W) Reuter verbreitet nachstehende, von amtlicher polnischer Seite stammende Meldung: „Eine sehr beträchtliche deutsche Truppenzusammenziehung findet an der gesamten polnisch-deutschen Grenze statt. Es wird versichert, daß die an der polnischen Grenze in Massen vereinigten deutschen Truppen die Zahl der den Deutschen durch den Friedensvertrag gestatteten Truppenmacht übersteigen und daß während der allerletzten Tage eine bayerische und eine sächsische Division zur Verstärkung eingetroffen seien. Außerdem sollen noch geheime militärische Organisationen die Regierungstruppen unterstützen." Zu dieser Nachricht wird von polnischer Seite ein Communique veröffentlicht, das besagt, diese Nachricht sei sehr bezeichnend, da sie den Entschluß der Deutschen beweise, sich nicht an das Ergebnis der Volksabstimmung zu halten, wenn diese für Polen günstig ausfalle. Die Anwendung energischer Maßnahmen sei nach Ansicht der Polen notwendig, damit die Möglichkeit einer ehrlichen und gerechten Eintragung der Stimmen der oberschlesischen Bevölkerung gesichert sei.

Hierzu ist seitens der deutschen Regierung folgendes zu erklären: Die Nachrichten über deutsche Truppenansammlungen im deutsch-polnischen Grenzgebiet sind vollständig aus der Luft gegriffen und entbehren jeder Grundlage. Die Stärke der Reichswehr hat tatsächlich die im Friedensvertrage zugestandene Zahl noch nicht erreicht. Alle Truppenteile befinden sich bis auf ganz unbedeutende Ausnahmen in ihren Friedensstandorten. Die Kontrollkommissionen der interalliierten militärischen Kontrollkommission, die jederzeit in der Lage sind, die einzelnen Standorte aufzusuchen, sind bis in die letzten Tage im Grenzgebiet tätig gewesen. Es ist von ihnen nicht der geringste Einspruch gegen Ueberschreitung der im Friedensvertrag zugestandenen Stärke erfolgt. Dies beweist die gänzliche Haltlosigkeit der polnischen Behauptungen und der daraus gezogenen Schlüsse.

Der Kesselprozeß.

(TU) In der gestrigen Verhandlung des Kessel-Prozesses kam es mehrfach zu Auseinandersetzungen zwischen dem Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Weigert, dem Staatsanwalt Gerlach und dem Verteidiger Dr. Alsberg. Der Vorsitzende verkündete schließlich, daß das Gericht beschlossen habe, den Angeklagten gegen Stellung einer Kaution von 150 000 Mark auf freien Fuß zu setzen, damit die Durchführung der Verhandlungen gewährleistet werde. Der Verteidiger hatte am Tage vorher darauf hingewiesen, daß durch die Inhaftierung Kessels seine Verhandlungsfähigkeit leiden könnte. Der Haftbefehl gegen den Angeklagten wird jedoch nicht aufgehoben. Weiter richtete der Vorsitzende, der sehr besorgt ist wegen der Berichte, die in der Presse über den Prozeß gebracht werden, erneut eine Mahnung an die Presse. Er ersuchte sie, nicht vorzeitig die Verhandlungen nach der politischen Seite hin zu werten, da dies einer richtigen Urteilsfindung abträglich sei. Staatsanwalt Gerlach suchte die von dem Angeklagten gegen den früheren Staatsanwalt und jetzigen Staatskommissar Dr. Weitzmann und gegen den früheren Polizeipräsidenten Eugen Ernst in der vorgestrigen Sitzung erhobenen Vorwürfe zu entkräften und beantragte, die beiden Herren als Zeugen zu vernehmen. Hauptmann Kessel hatte gestern behauptet, daß der frühere Polizeipräsident Eugen Ernst und der Staatskommissar Weitzmann ihm wiederholt nahegelegt hätten, dem Oberleutnant Marloh zur Flucht zu verhelfen, da der Prozeß über die Erschießung der Matrosen in der Französischen Straße politisch unerwünscht sei.

Keine Aenderung der Lebensmittelversorgung im besetzten Gebiet.

(TU) **Köln**, 17. März. Die neue Zollgrenze am Rhein wird in Bezug auf die Lebensmittelversorgung im besetzten Gebiete keine Aenderungen mit sich bringen. Die Vertreter der englischen Behörden in Köln haben der Kölner Stadtverwaltung dahingehende Versicherungen abgegeben. Ein Grund zu Befürchtungen liegt also nicht vor. Zuständige Kreise in Köln nehmen an, daß die Einführung der neuen Zollgrenze noch Wochen oder Monate dauern könne, da die Einzelheiten noch völlig ungeklärt seien.

Kleine Nachrichten.

Die holländische Presse vertritt durchweg den Standpunkt, daß von den Sanktionen Nachteile für den niederländischen Handel zu befürchten sind. Die Möglichkeit der Wiedererrichtung des Ueberseetrustes wird allgemein abgelehnt. Die holländischen Kaufleute sind gegen jede Behinderung des freien Handels.

Die „Times" melden unter dem 15. März aus Riga: Heute wurde der Präliminarfriedensvertrag zwischen Rußland und Polen unterzeichnet. Der endgültige Vertrag wird am Freitag unterzeichnet werden.

Nach einem Londoner Telegramm des „Petit Parisien" ist nach langen mühevollen Verhandlungen gestern abend das englisch-russische Handelsabkommen abgeschlossen worden. Es bleibt nur noch die Unterzeichnung zu vollziehen.

Vereinsnachrichten.

Kamen 18. März. **(Verein für FrauenInteressen.)** Am Montag, den 21. März, abends 8 Uhr, wird im Hotel Biermann Fräulein Elisabeth Bathge über moderne Frauenkultur und Frauenkleidung sprechen. Sie ist die Vorsitzende des Vereins für moderne Frauenkultur und Frauenkleidung in Dortmund, der unter ihrer Leitung einen erfreulichen Aufschwung genommen hat, und welchem unser Verein auch korporativ angehört. Die Dame wird viel Interessantes uns zu sagen haben, so daß auch die Herren, die sich sicher für dieses Gebiet der Arbeit ihrer Frauen interessieren, dort vieles hören können, was sie gerne wissen möchten. Fräulein Bathge wird beim zwanglosen Plaudern auf alle gestellten Anfragen Antwort geben. Nichtmitglieder sind willkommen. (Näheres in der morgigen Anzeige.)

Kamen, 18. März. **Interessante Ringkämpfe** brachte der letzte Sonntag im hiesigen Drögeschen Saale. Der noch junge, aber desto rührigere Athletenklub Attila-Kamen hatte Aufrufe weit und breit erlassen zur Beteiligung an der Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterschaft von Westfalen. Diesem Rufe waren 43 Ringer von auswärts und 5 aus der Stadt Kamen gefolgt. Gerungen wurde nach griechisch-römischen Regeln in 2 Klassen. Viele Sportsfreunde von nah und fern füllten den Saal und gaben ein lobendes Urteil über die Kämpfe ab. Die Meisterschaft von Westfalen errang Bickol, Husen-Kurl, der 1. Preis Buschis, Husen-Kurl, 2. Preis Dröder-Günthe, 3. Preis Feit-Altenbögge, 4. Preis Bickol II Husen-Kurl. Sieger der 2. Klasse waren: Meisterschaft Barop. 1. Preis Feit, 2. Preis Glasing, 3. Preis Drüke, 4. Preis Stengel, sämtlich aus Altenbögge. Diesen Siegern ein donnerndes „Kraft Heil". Nachdem die Preise an die einzelnen Ringer verteilt waren, ging man zum gemütlichen Teil über, der die Sportler und Sportsfreunde aufs beste vereinigte. Mit hoher Befriedigung kann der Athletenklub „Attila" auf den Verlauf dieses Abends zurückblicken. Er hofft, im nächsten Jahr weitere Ringkämpfe mit noch größerer Konkurrenz veranstalten zu können.

Sport.

Kamen, 18. März. **Fußballresultate** vom 13. März: **Dortmund**: Verein für Bewegungsspiele gegen Turn- und Sportverein Bochum 2:0; „Alemannia" gegen Spielverein Oberhausen 5:3. **Hamm**: Spielverein gegen Verein für Körperpflege 2:0; Turn- und Sportverein gegen „Borussia"-Rheine 1:2. **Unna**: Sportklub gegen Sportverein Wetter 4:1. **Holzwickede**: Sportklub gegen Allg. Turnverein Unna 2:1. Am vergangenen Sonntag fanden auch die Spiele um die Meisterschaft der einzelnen Gaue ihre Erledigung. In Düsseldorf spielte der Duisburger Spielverein gegen den Cronenberger Sportklub; nach hartem Kampfe, der eine zweimalige Verlängerung erforderlich machte, konnte Duisburg mit 4:3 Toren gewinnen. „Sport"-Kassel gewann leicht mit 4:1 gegen den Verein für Bewegungsspiele Marburg. Die Meisterschaft des Westfälischen Gaues fiel kampflos an „Preußen"-Münster, da der Hammer Spielverein, der ernannte Ostkreis-Meister, auf den Kampf verzichtete. Die einzelnen Gaue des Westdeutschen Spielverbandes werden mithin durch folgende Meister vertreten: Bergisch-Märkischer Gau: Duisburger Spielverein; Rheingau: Kölner Ballspielklub; Hessisch-Hannoverscher Gau: „Sport"-Kassel; Ruhrgau: Dortmunder Sportklub von 1895; Westfälischer Gau: Sportklub „Preußen"-Münster. Die Kämpfe um die Verbandsmeisterschaft beginnen am 3. April. — In Essen standen sich die repräsentativen Mannschaften Ostholands und Westdeutschlands vor 50 000 Zuschauern gegenüber. Die Deutschen gewannen nach besserem Spiel mit 2:1 Toren. Vor ebenfalls 30 000 Zuschauern standen sich in Budapest die Stadtmannschaften Berlins und Budapests gegenüber; unentschieden, 2:2 endete der Kampf. — Auf dem Schützenhof spielten die 3. Mannschaften des Sp. V. K. und des Sp. Cl. Unna-Kamen gewann, obgleich nur mit 10 Mann spielend, überlegen mit 4:2 Toren.

Konzert, Theater 2c.

Kamen 18. März. **(U. T. Lichtspiele.)** Es heute Freitag persönliches Auftreten von Homes und Fay. Der Berliner Lokalanzeiger schreibt: Das Geheimnisvolle und Wunderbare hat von jeher die Menschen angelockt und dazu getrieben, sich das Gehirn zu zermartern über Fragen, auf die es anscheinend keine Lösung auf natürlichem Wege gibt. In dieser Tatsache findet auch der große Erfolg und der Zuspruch eine Erklärung, den das Künstlerpaar Homes und Fay hat, das jetzt wieder Soireen im Architektenhause vor ausverkauftem Hause veranstaltet. Das Publikum wird durch die ebenso exakt wie elegant ausgeführten Experimente immer tiefer in jenes große Gebiet des schier Unerklärlichen geführt. Von Punkt zu Punkt des Programms steigt das Erstaunen, drängt sich immer mehr und mehr peinigender die Frage auf: Wie ist das nur möglich? Glaubt man schon, die Künstler haben das Möglichste an Geheimnisvollen und Ueberraschendem geleistet, so wird man im nächsten Augenblick beim nächsten Experiment vor ein noch Unerklärlicheres gestellt, und der Ausruf: Das ist verblüffend! entschlüpft unwillkürlich den Lippen. Reicher, wohlverdienter Beifall lohnte denn auch die interessanten und reizvollen Darbietungen.

Briefkasten.

J. S. 43 in Kamen. Nach dem Erbschaftssteuergesetz gibt es eine Nachlaßsteuer und eine Erbanfallsteuer. Die erste erfaßt den gesamten Nachlaß, von dem, sofern er 200 000 Mark nicht übersteigt, 20 000 Mark frei sind. Darüber hinaus bewegen sich die Sätze von 1% bis 200 000 Mark, steigend bis 5%. Diese Erhebung erfolgt also vorweg. Dann tritt noch die Erbanfallsteuer in Tätigkeit, bei welcher der nicht steuerbare Nachlaß (Hausrat 2c.) ausscheidet, doch wird hier nur die Erbschaft von Eltern auf Kinder besteuert, insoweit der Betrag derselben 5000 Mark übersteigt. Mit 3750 Mark brauchen Sie also keine Erbanfallsteuer zu entrichten. — Von den Hypothekenzinsen kommen bei der jedesmaligen Zinszahlung 10% als Kapitalertragsteuer in Abzug und zwar muß der Schuldner diese abziehen und an das Finanzamt abführen.

„Die schwarze Schmach". Augenblicklich stehen 47 000 Mann schwarzer Kolonialtruppen am Rhein. 17 Divisionen sollen weiter in Algier bereitstehen, um auf Befehl der Franzosen in unser Vaterland einzurücken.

Bekanntmachung der Stadtverwaltung Kamen

Die Stadt hat als Liebesgabe aus Amerika mehrere Fässer

Schneidebohnen

überwiesen bekommen, die folgenden Geschäften zur Ausgabe überwiesen wurden:

Sirringhaus, Weststraße,
Gebr. Wolff, Bahnhofstraße,
J. Scholz, Lünenerstraße,
Harlinghausen, Kämerstraße,
Winkler, Nordstraße.

Zur Deckung der entstandenen Kosten werden pro Pfund 40 Pfg. erhoben.

Die Bohnen sind in erster Linie für die minderbemittelte Bevölkerung bestimmt. (1310

Kamen, den 17. März 1921.

Ortsausschuß für Amerikahilfe:
Siegler.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf den Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 9. Januar 1901 (Ministerialblatt für die Innere Verwaltung Nr. 2 vom 28. Februar 1901 Seite 35) mache ich hierdurch den Wagenführern sämtlicher Gefährte erneut zur Pflicht, bei Benutzung der Bahnübergänge mit ihren Gefährten die größte Vorsicht zu üben und weise gleichzeitig darauf hin, daß im Falle der Unachtsamkeit ihr eigenes Leben gefährdet ist und sich auch einer Bestrafung gemäß § 316 des Reichsstrafgesetzbuches aussetzen.

Hamm (Westf.), den 8. März 1921.

Der Landrat:
J. V.: v. Campe, Regierungs-Assessor.

Bekanntmachung.

Nach telegraphischer Verfügung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen kann bei Eingang nur eines Wahlvorschlages eine besondere Wahlhandlung unterbleiben.

Dieses trifft für die Wahlen zur Landwirtschaftskammer im Wahlbezirk Stadt- und Landkreis Hamm zu. Die Wahlhandlung findet daher am 20. ds. Mts. nicht statt.

Als Kammermitglieder sind mithin gewählt:

1. Leopold Lippmann, Landwirt, Ränthe;
2. Friedrich Böckelmann, Landwirt, Strickherdicke;
3. Franz Pannock, Ackerer, Norddinker.

Hamm (Westf.), den 16. März 1921.

Der Wahlkommissar:
J. V.: v. Campe, Regierungs-Assessor.

U. T.-Lichtspiele
Kamen.

Ab Freitag den 18. März: Kurzes Gastspiel.

Persönliches Auftreten
von
Homes und Fay.

An der Grenze des Uebersinnlichen.

Wunderbare, fast an das Unmögliche grenzende Aufführungen. Geheimnisvolle Demonstrationen in fabelhafter, unbegreiflicher Vollendung. Rätselhafte Vorgänge aus dem Reiche der vierten Dimension. Okkultismus. Spiritistische Sitzung. Gedankenübertragung. Fernwirkung, Riesengedächtnis.
Bedeutende Kritiker schreiben über Homes und Fay: „Es ist ein Glück für sie, dass sie nicht 400 Jahre früher gelebt haben. Verbrannt wären sie auf dem Scheiterhaufen, diese Wundertuer.

Anfang Wochentags 6 Uhr.
Persönliches Auftreten: Wochentags 8¼ Uhr; Sonntags 4, 6½ und 9 Uhr. 1300

2. **Im Schuldbuch des Hasses.**
Grosses Kriminal-Drama in 4 Akten.
Ein tief zu Herzen gehendes Drama aus dem Leben einer kleinen Tänzerin, voll abwechslungsreicher, spannender Momente.

3. Der grosse Lustspiel-Schlager
in 3 Akten. **Doktor Klaus.** in 3 Akten.

Jung **Heil.**

Auf nach Oberaden

Der
Junggesellen-Klub „Fidele Brüder“
feiert am **Sonntag, den 20. März,** im Saale
— des Wirts **Husemann** sein diesjähriges —

Frühjahrs-Kränzchen

bestehend in
Konzert, Theater und Ball.

Zur Aufführung gelangt:
„GOLGATHA“

Anfang 4 Uhr. Punkt 6 Uhr: Anfang des Theaters.
Anschliessend **Grosser BALL.**

Die Musik wird ausgeführt vom Musikverein **„Harmonie“ Lünen.**

Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.
1290

Wir unterzeichneten Händler und Genossenschaften sind bereit, den Landwirten den

verbilligten Mais

gegen Bezugsschein und Vorausbezahlung einschließlich Sackgestellung ab Ankunfts-Station zum Preise von Mk. 64 per Zentner zu liefern.

Die Bezugsscheine sind quittiert einzuliefern und erfolgt die Ablieferung in der Reihenfolge des Eingangs der Bezugsscheine.

Fr. Brüninghaus, Methler.
Th. Ostermann, Kamen.
L. Abel, Unna.
H. Köllerwirth, Ostbüren.
E. Pohlmann, Bönen.
C. Reichenbach, Lenningsen.
W. Schüttmann, Bönen.
Fr. Brackelmann, Hemmerde.
C. Mittorp, Wiescherhöfen.
C. Harde, Uentrop.
Ein- und Verkaufsgenossenschaft, ...berg.
Ein- und Verkaufsgenossenschaft, ...berg.
H. Schneider Nachf., Kamp.
W. Dohmwirth, Rhynern.
Franz Helm, Rhynern.
Lagerhaus G. m. b. H., Unna.
Oberdorf, Rhynern. 1304

Freiw. Feuerwehr
Weddinghofen.

Am **Sonntag, den 20. März d. Js., nachm. 6 Uhr,** findet 1319

General-Versammlung

statt. Uniform ist anzulegen.

Der Brandmeister.



Fröhliche Ostern!

Ostergruss-Karten

in feinster Ausführung und grosser Auswahl empfiehlt die Buchhandlung von

Buchhandlung d. Kamener Zeitung.

Damen-Konfektion

Damen-Hüte

kaufen Sie am billigsten bei

Gebr. Keil
KAMEN
Bahnhofstraße 57. 1299

Bekanntmachung.

Ab Sonntag, den 20. März d. Js., tritt der

erhöhte Fahrpreis 1211

in Kraft.

Die Fahrpreise der einzelnen Teilstrecken sind an den in den Wagen ausgehängten Plakaten bekanntgegeben.

Kleinbahn Unna-Kamen-Werne.

Gewerk-Verein christl. Bergarbeiter
Zahlstelle Kamen.

Sonntag, den 20. März, vormittags 11 Uhr:

General-Versammlung

beim Wirt Dröge, Bahnhofstraße.

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung der Betriebsräte.
2. Bericht über Ueberstunden im unterirdischen Bergbau.

Sämtliche Unorganisierte haben Zutritt.
Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

1316 **Der Vorstand.**

Von Samstag morgen an:

Prima fettes Fleisch und Fleischwurst.

Heinr. Jühe, Schillstr. 1.
1318 Fernruf 274.

Mehrere

Anstreicher-Gehülfen

sofort für dauernd gesucht. 1293

Friedrich Feldmann,
Methler bei Kamen.

Achtung! Bayern!
Sonntag, den 20. März, im Nebenlokal Restaurant „Deutsche Eiche“ 1303
Zusammenkunft betr. Gründung eines Bayern-Vereins
Der Einberufer.

Ein wachsamer, stubenreiner, gelber

Teckelhund

zu verkaufen. 1296
Kaiserau,
Springorumstr. 17.



Freitag und Samstag

Schweine

zu verkaufen. 1297
Ewald Schürmann
Gastwirt, Wernerstraße.

Ein

Herrenfahrrad

gegen ein

Damenfahrrad

zu vertauschen oder zu verkaufen. p1292
Bahnhofstr. 49.

Ein Hund (Wolfspitz) **zugelaufen.**



Gegen Erstattung der Unkosten abzuholen i1265
Töddinghauserstr. 193.

Haben in unserm Garten für immer

† Gift †

gelegt: 1269

Etling,
Hollmann, Klütemeier Kurths, Hirschberger, Neff, Hahn.

Habe für immer in meinem Garten 1302

Gift gelegt!

Emil Hagedorn.

Die Beleidigung, welche ich gegen Frau Klabber, Bergkamen, ausgesagt, nehme ich, da sie auf Unwahrheit beruht, zurück. 1289

Kliebert.

Anstreicherlehrling
gesucht. 1272
Heinrich Jadenkroll
Anstreichermeister,
Kamen
Nordenmauer 29.

Ein Junge

von 14—15 Jahren für kleine Landwirtschaft gesucht. 1295

Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Kam. Zeitung.

Braves, zuverlässiges

Mädchen

für alle Hausarbeiten für kleinen, besseren Haushalt per sofort oder 1. April gesucht. 1301

Gebr. Kaufmann,
Hamm, Bahnhofstraße 30.

Zwei anständige junge Leute erhalten 1271

Kost und Logis.

Wo, sagt die Geschst.

M.-G.-V. „Auguste Viktoria“

Dirigent: Musiklehrer Rumpf.

Am Sonntag, den 20. d. Mts., im Schützenhof (W. Reinhardt)

Wohltätigkeits-Operetten-Abend

zum dritten Male:

Winzerliesel

Operette in 3 Akten.

Zum Besten der armen Kinder der Stadt Kamen.

Kassenöffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Vorverkauf 4 Mk. Kasse 5.25 Mk. Karten im Vorverkauf sind zu haben bei den Mitgliedern und W. Reinhardt. Passive Sänger zahlen a Person 2.— Mk.

Kinder haben unter keinen Umständen Zutritt. — Textbücher zur Operette sind an der Kasse zu haben. 1305

Nachdem: **Großer Ball.**

Der Vorstand.

Der
Dilettantenverein „Frohsinn“ Kaiserau-Westick
begeht am **Sonntag, den 20. März 1921,** im Konzertsaale des Herrn **Fr. Schulz** einen

grossen Schauspiel-Abend.

Zur Aufführung gelangt:

Preciosa

Schauspiel mit Gesang in 4 Akten und 5 Aufzügen unter Mitwirkung des gesamten Orchesters der Bergkapelle Kurl.

Musikalische Oberleitung: **Herr Karl Tolge.**
Bisher nur von größeren Theatern gegeben worden.
Kassenöffnung 3 Uhr. Beginn des Theaters 4 Uhr.

Nach dem Theater: **Grosser BALL.**

Kinder, auch in Begleitung der Eltern, keinen Zutritt.

Genußreiche Stunden versprechend, ladet freundlichst ein

Der Vorstand des Dilettanten-Vereins.
Der Vereinswirt: Fr. Schulz.

N.B. Da nur ein bestimmter Teil Programme zur Ausgabe gelangt, bleibt der Vorverkauf aufs beste empfohlen. Karten beim Vereinswirt zum Preise von **5.00 Mark** zu haben. 1298

Nicht in eigener Werkstatt

aber von 12.50 Mk. an bekommen Sie bei mir einen Hut sauber u. gut umgepreßt. — Lieferung in ca. 8—10 Tagen. —

W. Meckfessel
1321 **Kamen.**

In 16td. u. Garantie vernichten Sie Flöhe, Kopf-, Kleider-, Filz-

Läuse

f. Brut (Nissen) b. Mensch u. Tier mit **„Kampolda“** ges. gesch. Wunden unsch. Verk. **Friseur H. Großer, Weststr. 45a.** 932

Gallensteinleiden

empfehl. wir unsere Wörishofener Gallensteinkur.

Allein echt:
Wörishofener Naturheil-Werke, Elberfeld. Niederl. Drogerie H. P. Thiel Kamen (Westf.), Oststr. 21.

Ordentliches 1314

Mädchen

für einige Wochen zur Aushilfe gesucht.

Frau Hugo Jacoby,
Weststraße 8.

Habe auf meinem Grundstück für immer

† Gift †

gelegt. 1322

Otto Biermann, Oberaden.

Zur Kommunion
empfehlen
Sursum Cordas
in guten, dauerhaften Einbänden einfacher bis feinster Ausstattung

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Markenfreien

Zwieback

aus reinem Weizenmehl 1139
empfiehlt

Konditorei Kümper,

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Alleinverkauf für Kamen und Umgegend.

---

300 Mk. Belohnung!

Auf meinem Gute in Südkamen, früher Berkemannscher Hof, ist **eine Eiche abgehauen und gestohlen worden.** 1308

Obige Belohnung erhält derjenige, der mir den Täter namhaft machen kann.

Karl Dröge, Unna.